Muslimisch-christliche Religionsvertreter tagen in Kairo

2. März 2017

Kairo (KNA) Der Großscheich der islamischen Al-Azhar-Universität in Kairo, Ahmed Mohammed al-Tayyeb, hat zu Verständigung und Versöhnung zwischen den Religionsführern aufgerufen. „Wenn es nicht zunächst Frieden zwischen den Befürwortern der Religion gibt, können sie ihn auch nicht dem Volk bringen“, sagte er laut arabischen Medienberichten (Dienstag) zum Auftakt einer muslimisch-christlichen Konferenz. Zu den Teilnehmern der Veranstaltung unter Schirmherrschaft des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi zählen der Kopten-Papst Tawadros II., Maronitenpatriarch Kardinal Bechara Rai und der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Munib Younan. Angesichts der barbarischen Akte genüge es nicht mehr, die Religionen von Terror zu befreien, so al-Tayyeb. Religiöse Bildungsinstitute rief er dazu auf, das im Westen verbreitete Phänomen der Islamphobie zu bekämpfen. Den Islam für Terrorakte verantwortlich zu machen, zeuge von einer mangelnden Kenntnis über die Lehren des Islam. Auch Kopten-Papst Tawadros II. machte laut den Berichten „Unkenntnis des Anderen“ als Hauptgrund für Extremismus aus, den er als größtes Hindernis für eine friedliche Koexistenz bezeichnete. Ein falsches Religionsverständnis habe in Ägypten zu extremistischem Gedankengut und Terrorismus geführt. Tawadros rief dazu auf, dieser Entwicklung mit Aufklärung zu begegnen. Christen und andere religiöse Minderheiten sind in Ägypten nach wie vor Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Zuletzt hatten Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ bei mehreren Angriffen auf der Sinai-Halbinsel sieben koptische Christen getötet und Hunderte in die Flucht getrieben. Für Donnerstag wird Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Ägypten erwartet. In der Markus-Kathedrale in Kairo ist ein Treffen mit Kopten-Papst Tawadros II. geplant. Gemeinsam wollen sie die angrenzende Kirche Sankt Peter und Paul besuchen, in der bei einem Anschlag im Dezember 27 Menschen getötet wurden. Bei ihrem Besuch wird Merkel vom Staatspräsidenten empfangen, mit dem sie auch über mehr Kooperation in Migrationsfragen sprechen will.

(KNA – rknkl-89-00012)

Stand: 27. November 2026